

Newsletter Bremer Friedensforum 01/09. Januar 2021

(Weiterleitung sehr erwünscht!)

Auf diesem Wege möchten wir Ihnen und Euch noch ALLES GUTE für 2021 wünschen. Und uns allen wünschen wir ein Ende der Kriege und ein Jahr der Abrüstung! Nicht durchsetzen konnte sich UNO-Generalsekretär Antonio Guterres mit seinem Vorschlag wegen Corona einen weltweiten Waffenstillstand zu vereinbaren. Leider!

Inhalt heute:

01. Virtuelles Stadtteil-Café Bremen-Neustadt zum Thema Kampfdrohnen/13. Januar
02. Das muss gefeiert werden: Atomwaffenverbotsvertrag tritt in Kraft/22. Januar
03. Veranstaltung zu Ehren der Verteidiger der Bremer Räterepublik/7. Februar
04. Online-Jahreskonferenz: Gemeinsames Haus Europa-Für ein Europa, das Frieden wagt/26.-27. Februar
05. Weiterer Erfolg
06. Höhere Rüstungsausgaben abgesegnet
07. Newsletter - "Mehr Mut zur Weltmacht"
08. Bremer Friedensforum begrüßt Ablehnung der Auslieferung von Julian Assange
09. Internationaler Aktionstag gegen den Krieg im Jemen 25. Januar 2021
10. Neues Friedensjournal
11. ver.di Wirtschaftspolitik aktuell 16/2020 - Soziale Sicherheit statt Waffen!
12. Aufruf: Kein Militär auf dem Kirchentag 2021
13. Bundesausschuss Friedensratschlag: Weltkriegsgefahren entgegenreten – Wandel zum Frieden einleiten
14. Neues Buch: Schluss mit dem Wahnsinn! Abrüsten!
15. Gerd Meyer gestorben
16. Bremer Friedensforum im Netz
17. WhatsApp-Gruppe Bremer Friedensforum
18. Termine
19. In eigener Sache

BITTE BLEIBT GESUND!!!

1. Virtuelles Stadtteil-Café Bremen-Neustadt zum Thema Kampfdrohnen/13. Januar (Anhang!)

Bremen. Am Mittwoch, 13. Januar, lädt die Partei Die Linke (Kreisverband Links der Weser) um 16 Uhr zum virtuellen Stadtteil-Café Neustadt zum Thema "Mit Kampfdrohnen Absenkung der Schwelle zum Krieg? Stoppt die Drohnenkriege!" bei "gotomeeting" herzlich ein. Einwahldaten und Zugangscodes finden Sie/findet Ihr im Anhang. Referent ist Gerhard Baisch, Rechtsanwalt, tätig im Vorstand von IALANA Deutschland und im Bremer Friedensforum.

Siehe auch:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1337/aktuelles/Mit-Kampfdrohnen-Absenkung-der-Schwelle-zum-Krieg-Stoppt-die-Drohnenkriege/>

2. Das muss gefeiert werden: Atomwaffenverbotsvertrag tritt in Kraft/22. Januar (Anhang!)

Bremen. Am 22. Januar 2021 tritt der UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen in Kraft – ein großer Erfolg der Friedensbewegung weltweit, also auch in Bremen und um zu. Der Verbotsvertrag ist ein wichtiger Schritt, um die Vision einer Welt ohne Atomwaffen wahr werden zu lassen. Nächstes Ziel: Deutschland tritt bei und wird atomwaffenfrei. Ein Großteil der Bevölkerung spricht sich klar für den Abzug der Atomwaffen aus Büchel und für den Beitritt zum UN-Atomwaffenverbot aus. Wir wollen, dass sich der Wunsch der großen Mehrheit der Menschen auch in der kommenden Regierung wiederfindet. Wie auch immer diese aussehen mag, sie soll dem UN-Atomwaffenverbot beitreten! Es dürfen keine neuen Atombomber angeschafft und der Abzug der Waffen aus Büchel muss eingeleitet werden. Mit dem Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrages gewinnen auch wir neue Kraft für den weiteren notwendigen langen Atem.

Zur Aktion am Freitag, 22. Januar, 14 bis 15 Uhr, auf dem Bremer Marktplatz:

Die Teilnehmer*innen zeigen auf dem Marktplatz 50 Fahnen "Nuclear weapons are banned". Sprechen werden u.a.: Ursula Haun (IPPNW) und Volkert Ohm (IALANA, Bremer Friedensforum).

Erster Veranstaltungshinweis für den 22. Januar auf Facebook:

<https://www.facebook.com/events/244316910572408>

#Atomwaffen #atomwaffenverbotsvertrag #UN #nuclearban #Friedensbewegung #ican #TPNW

Machen Sie mit! Offener Brief an Außenminister Heiko Maas

Berlin/Bremen. Bis zum 19. Januar 2021 werden Unterschriften gesammelt, die rechtzeitig zum Inkrafttreten des Vertrages unter den Brief gesetzt und in das Außenministerium geschickt werden.

Machen Sie mit!

<https://www.ippnw.de/aktiv-werden/kampagnen/offener-brief-an-maas.html>

Das Bremer Friedensforum ist auch an dieser Aktion, u.a. mit Roger Waters von Pink Floyd, beteiligt:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1331/aktuelles/Bannerkampagne-zum-Atomwaffenverbotsvertrag>

3. Veranstaltung zu Ehren der Verteidiger der Bremer Räterepublik/7. Februar

Bremen. Bei der Veranstaltung zu Ehren der Verteidiger der Bremer Räterepublik (Sonntag, 7. Februar, Waller Friedhof, 11:00 Uhr, Gedenkgang vom Eingang zum Denkmal) spricht am Denkmal Petra Scharrelmann (Bremer Friedensforum) zum Thema "Rosa Luxemburg und die Räterepublik". Musikalisch umrahmt von: Buchtstraßenchor und Rotes Krokodil, Moderation: Gerd-Rolf Rosenberger

Link mit Flyer:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1338/aktuelles/Veranstaltung-zu-Ehren-der-Verteidiger-der-Bremer-Raeterepublik/>

4. Online-Jahreskonferenz 2021: Gemeinsames Haus Europa - Für ein Europa, das Frieden wagt/26.-27. Februar

„Frieden auf dem europäischen Kontinent zu gestalten, heißt Entspannungspolitik neu zu entwickeln. Eine solche Politik nimmt die Interessen der anderen genauso ernst wie die eigenen und sucht dann nach Gemeinsamkeit. Ein solches Europa setzt auf Dialog, Verhandlungen und Kooperation und überwindet Militärbündnisse. Europa ist ein friedliches Miteinander ohne Grenzen und Ausgrenzung, mit der Lust und dem Willen, Konflikte kooperativ und partnerschaftlich in Solidarität zu lösen und zu bewältigen.“

Anmeldung: bitte bis 23. Februar 2021 bei: Kooperation für den Frieden, info@koop-

frieden.de

Mehr Informationen:

<http://www.koop-frieden.de/herzliche-einladung-zur-online-jahreskonferenz-2021-gemeinsames-haus-europa-fuer-ein-europa-das>

5. Weiterer Erfolg

Bremen. Weiterer Erfolg: Nach dem Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrags am 22. Januar: Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Anschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr zunächst gestoppt. Das freut uns. Und wie zu befürchten war, haben die dafür aktiven Abgeordneten viel Kritik von Seiten ihres Koalitionspartners CDU/CSU und sogar aus den eigenen Reihen erhalten. Der Hauptvorwurf: Sie verwehren den Soldat*innen der Bundeswehr einen technisch möglichen Schutz. Dazu zwei Anmerkungen: Bewaffnete Drohnen sind Angriffswaffen, die weitab von eigenen Soldat*innen zerstören und töten sollen. Das setzt die Hemmschwelle für den Waffeneinsatz herab. Außerdem lehrt die Geschichte, dass neue Waffensysteme noch nie Soldaten auf Dauer geschützt haben. Sie werden früher oder später von allen eingesetzt und es werden „Gegenwaffen“ entwickelt. Der beste Schutz nicht nur für Soldat*innen ist immer noch KEIN KRIEG!

Spätestens nach der Bundestagswahl am 26. September wird das Thema erneut zur Entscheidung anstehen. Und nicht vergessen werden darf, dass die Entwicklung einer EU-eigenen bewaffneten Drohne läuft. Auch diese Waffe muss gestoppt werden. Das nächste europäische Kampfflugzeug, das Future Combat Air System (FCAS) soll auch über bewaffnete Drohnenschwärme verfügen. Nachzulesen in deutscher Sprache unter: <http://www.senat.fr/rap/r19-642-3/r19-642-31.pdf>

6. Höhere Rüstungsausgaben abgesegnet

Bremen. Leider hat der Bundestag den „Einzelplan 14“ (Verteidigungshaushalt) für 2021 um 1,28 Milliarden EUR auf 46,93 Milliarden EUR erhöht. Nach internen NATO-Kriterien (Ausgaben aus anderen Haushaltstiteln kommen hinzu) sind es 2021 sogar 53 Milliarden EUR. Wir haben uns im Vorfeld dieser Entscheidung an dem bundesweiten Aktionstag am 05.12.20 gegen die Erhöhung der Rüstungsausgaben beteiligt.

Siehe auch:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1326/aktuelles/Aktion-Abruersten-statt-aufruersten%EF%BF%BD-in-Bremen/>

7. Newsletter - "Mehr Mut zur Weltmacht"

(Eigener Bericht) - Mit neuen Weltmachtplänen für die EU startet das außenpolitische Establishment der Bundesrepublik in das zweite Jahr der Covid-19-Pandemie. Während vor allem die westlichen Mächte und ihre Verbündeten von weiteren Pandemiewellen überrollt werden und teils rasant steigende Opferzahlen zu beklagen haben, debattiert das maßgebliche Fachblatt der deutschen Außenpolitik ("Internationale Politik", IP) über die Frage, "was Europa zur Weltmacht fehlt". Dass die Union "mehr Mut zur Weltmacht" haben müsse, war schon im Herbst in mehreren deutschen Leitmedien gefordert worden. Einer Umfrage zufolge stimmen der Aussage, die EU könne "eine ähnlich starke Rolle in der Weltpolitik spielen" wie die USA und China, beinahe die Hälfte der Deutschen zu - vor allem Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen (52 Prozent) und FDP (56 Prozent) sowie die Generation der 18- bis 29-Jährigen (70 Prozent). Während die IP fordert, "Europa" müsse seine "internationale Wirkkraft" stärken, warnt Ex-EU-Kommissar Günther Oettinger, es gebe in vielen EU-Hauptstädten "eine völlige Selbstüberschätzung" - "eine Art Hybris".

Weiterlesen:

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8479/>

8. Bremer Friedensforum begrüßt Ablehnung der Auslieferung von Julian Assange

Bremen. Wikileaks-Gründer Assange wird nicht in die USA ausgeliefert. Ein Londoner Gericht hat einen entsprechenden Antrag abgelehnt. Das Bremer Friedensforum begrüßt die Ablehnung der Auslieferung: Unsere Forderung bleibt, auch nach der Weigerung, Assange nach Zahlung einer Kaution freizulassen: Julian Assange muss jetzt unverzüglich aus der Haft im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh freikommen und das weitere Verfahren in Freiheit bestreiten können. Die Behandlung von Julian Assange wie einen Schwerverbrecher und Topterroristen muss unverzüglich beendet werden. Nicht wer Kriegsverbrechen enthüllt, gehört vor Gericht und ins Gefängnis, sondern wer Kriegsverbrechen befiehlt und begeht. Dafür werben wir auch weiterhin im Rahmen unserer wöchentlichen Friedens-Mahnwachen donnerstags in Bremen (17 bis 18 Uhr, Liebfrauenkirchhof). Das Handeln bzw. Nicht-Handeln der Bundesregierung ist einfach nur skandalös. Julian Assange ist kein Verbrecher, er hatte mit den Wikileaks-Veröffentlichungen Kriegsverbrechen der USA öffentlich gemacht. Dafür verdient er einen Preis, keine Strafe. Wir erwarten daher auch von der Bundesregierung, dass sie sich für Assanges umgehende Freilassung einsetzt sowie ihm selbst Asyl in Deutschland anbietet. Für die Friedensbewegung ist es unerträglich, wenn die bestraft werden, die Kriegsverbrechen öffentlich machen und nicht die, die sie begehen. Erfreulich ist die inzwischen beachtliche öffentliche Resonanz auch in Deutschland, sicherlich haben dazu auch die Proteste von Reporter ohne Grenzen, dju, Amnesty International, PEN Deutschland u.a. beigetragen.

#FreeAssangeNOW #FreeAssange

Siehe auch:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1336/aktuelles/Bremer-Friedensforum-begruesst-Ablehnung-der-Auslieferung-von-Assange/>

<https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/theme-features/pressemitteilungen/657-wir-begruessen-die-ablehnung-der-auslieferung-von-assange>

9. Internationaler Aktionstag gegen den Krieg im Jemen 25. Januar 2021

Bremen. Das Bremer Friedensforum unterstützt die gemeinsame Erklärung: "Die Welt sagt Nein zu einem Krieg im Jemen" im Rahmen des Internationalen Aktionstags gegen den Krieg im Jemen am 25. Januar 2021.

Weitere Informationen:

<https://www.stopwar.org.uk/world-says-no-to-war-on-yemen-25-jan-2021/>

10. Neues Friedensjournal

Frankfurt/M. Das neue Friedensjournal steht in einigen Tagen als Druckfassung zur Verfügung. Unter der Überschrift "USA: Partner für Deutschland?" wird vor allem das Verhältnis der deutschen Politik zu den USA behandelt und welche Änderungen in der nächsten Zeit zu erwarten sind.

Die Webfassung ist bereits abrufbar unter

<http://www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal>

bzw. direkt unter

http://www.frieden-und-zukunft.de/pdf/fj/FJ_2021-1_Web.pdf

11. ver.di Wirtschaftspolitik aktuell 16/2020 - Soziale Sicherheit statt Waffen! (Anhang!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bundesregierung will 38 Kampffjets zum Preis von insgesamt 5,4 Mrd. Euro zu kaufen. Dabei wird Deutschland nicht bedroht. Gleichzeitig müssen Millionen Beschäftigte, Arbeitslose und Menschen in Hartz IV jeden Euro dreimal umdrehen. Wir brauchen einen Ausbau des Sozialstaats statt noch mehr Geld für Rüstung auszugeben!

Siehe Anhang: Flugblatt ver.di

12. Aufruf: Kein Militär auf dem Kirchentag 2021

Bremen. Die beiden großen Kirchen in Deutschland planen für den Mai 2021 den ökumenischen Kirchentag. Gegen die breite Einbettung von und Mitgestaltung durch die Bundeswehr regt sich Widerstand. Das Bremer Friedensforum unterstützt den Offenen Brief.

Weitere Informationen:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1330/aktuelles/Gegen-Image-Werbung-der-Bundeswehr-auf-dem-Oekumenischen-Kirchentag-2021/>

13. Bundesausschuss Friedensratschlag: Weltkriegsgefahren entgegentreten – Wandel zum Frieden einleiten (Anhang!)

Kassel. Die nächste Bundestagswahl, die voraussichtlich im September 2021 stattfindet, muss ein wichtiger Bezugspunkt für die Aktivitäten der Friedensbewegung und der Bürger*innen sein, die an einer wirkungsvollen Friedenssicherung und Kriegsprävention interessiert sind. Es gilt, den friedenspolitischen Druck auf die Straße, in die Gewerkschaften, in die Kirchen, in NGOs und die politischen Parteien zu tragen. (Erklärung anlässlich des 27. digitalen Friedensratschlags im Anhang)

Rückblick: Ein ereignisreicher, aufbauender und ein für die Friedensbewegung richtungsweisender Ratschlag fand am 6. Dezember 2020 statt:

<https://www.friedensratschlag-digital.de/>

14. Neues Buch: Schluss mit dem Wahnsinn! Abrüsten!

Kassel/Berlin. Das neue Buch vom Friedensratschlag 2019 ist da und kann ab sofort im Buchhandel oder direkt beim Verlag bestellt werden. "Schluss mit dem Wahnsinn! Abrüsten!" Unter diesem Titel kommen Autorinnen und Autoren aus Friedensforschung, Politik, Gewerkschaft und Friedensbewegung zu Wort, die sich auf dem 26. bundesweiten Friedensratschlag am 7. und 8. Dezember 2019 in der Universität Kassel trafen, um Analysen und Lösungsansätze dafür zu präsentieren, wie eine friedensfähige Politik entwickelt und durchgesetzt, wie Spannungen ab- und Vertrauen aufgebaut werden können. Ihre Texte basieren auf Beiträgen, die sie dort gehalten haben.

Die Autor*innen sind: Ralf Becker * Reiner Braun * Lühr Henken * Margot Käßmann * Kristine Karch * Cornelia Kerth * Carola Kieras * Andrea Kocsis * Marion Küpker * Karin Kulow * Gernot Lennert * Horst Leps * Christoph Marischka * Klaus Moegling * Daniel Oehler * Norman Paech * Senta Pineau * Anne Rieger * Werner Ruf * Ulrich Sander * Jürgen Scheffran * Christoph Scherrer * Wilfried Schreiber * Gunda Weidmüller * Francis Wurtz

Das Buch kostet im Handel 15 Euro. Bestellungen von Privatpersonen beim Verlag sind innerhalb Deutschlands versandkostenfrei. Für Gruppen bietet der Verlag Sonderkonditionen: Die Bücher können beim Verlag geordert werden.

<https://jenior.de/produkt-kategorie/kasseler-schriften-zur-friedenspolitik/>

15. Gerd Meyer gestorben

Bremen-Nord. Uns erreichte die traurige Mitteilung, dass Gerd Meyer, langjähriger ehemaliger Leiter des Gustav-Heinemann-Bürgerhaus Vegesack, Mitbegründer der Internationalen Friedensschule Bremen und der Initiative Nordbremer Bürger gegen den Krieg nach schwerer Krankheit in der Silvesternacht verstorben ist. Gerd Meyer war jahrzehntelang in der Erinnerungsarbeit in und um Bremen-Nord aktiv, auch als Mitveranstalter der Gedenkmärsche von Farge nach Sandbostel in den Jahren 1985 und 1990. Unsere Gedanken sind bei Gerds Familie und seinen Freund*innen.

Siehe auch: Die Norddeutsche, 4. Januar 2021

<http://upgr.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/uploads/Dateien/PB2021/WK20210104Ndu-NachrufGerdMeyer.pdf>

16. Bremer Friedensforum im Netz

Bremen. Mehr Informationen bringt die Internetseite des Bremer Friedensforums. Wir empfehlen auch die täglich mehrfach aktualisierte Facebook-Seite des Bremer Friedensforums. Friedenspolitische News aus Bremen gibt es auch auf Twitter. Inzwischen haben wir auch einen Instagram-Account. Bitte abonnieren!

<https://www.bremerfriedensforum.de>

<https://www.facebook.com/bremerfriedensforum>

<https://twitter.com/ekkehardlentz1>

https://www.instagram.com/bremer_friedensforum

17. WhatsApp-Gruppe "Bremer Friedensforum"

Wer in die WhatsApp-Gruppe "Bremer Friedensforum" aufgenommen werden möchte, teile dies bitte mit: Ekkehard.Lentz@bremerfriedensforum.de oder 0173-4194320

18. Termine

* Termine aus der Friedensbewegung: <https://www.friedenskooperative.de/termine.htm>

* Weitere Informationen aus der Friedensbewegung: <http://www.friedensratschlag.de>

* Regelmäßige Termine in Bremen:

+ Jeden Donnerstag, 17 bis 18 Uhr, Mahnwache Bremer Friedensforum, Marktplatz, (DERZEIT!) in den Wintermonaten: Unser Lieben Frauenkirchhof/Sögestraße

+ Jeden dritten Freitag im Monat, 12 bis 13 Uhr, Mahnwache gegen die Rüstungshochburg Bremen an der Domsheide (vor "Kapitel 8")

+ Jeden Freitag, 17 Uhr, Kundgebung der "Nordbremer Bürger gegen Krieg", Bremen-Vegesack, Gerhard-Rohlf's-Straße/Breite Straße

19. In eigener Sache

Bleiben Sie bitte dem Bremer Friedensforum gewogen und sparen Sie nicht mit Vorschlägen, Ergänzungen, Texten und anderen Reaktionen an: info@bremerfriedensforum.de. Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch gern darauf hinweisen, dass das Bremer Friedensforum auf ehrenamtlicher Basis arbeitet.

Und: Friedensarbeit kostet auch Geld! Im Unterschied zu Rüstungsproduzenten erhalten wir keine staatliche Unterstützung aus Steuergeldern, sondern finanzieren unsere Arbeit ausschließlich aus Spenden.

Unser Spendenkonto lautet: Ekkehard Lentz (für das Bremer Friedensforum), IBAN: DE 47 2501 0030 0123 2683 06, BIC: PBNKDEFF. Danke!

20. Datenschutz

In unregelmäßigen Abständen erhältst Du/erhalten Sie von mir/uns einen Email-Newsletter über Neuigkeiten aus dem Arbeitsbereich des Bremer Friedensforums. Ab dem 25. Mai 2018 ist die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Kraft getreten. Dies bedeutet, dass Deine/Ihre persönlichen Daten nach der neuen Verordnung nur mit Deiner/Ihrer Einwilligung verarbeitet werden dürfen. Gerne möchte(n) ich/wir Dich/Sie auch weiterhin mit Informationen versorgen. Sollte dieses jedoch in Zukunft nicht mehr erwünscht sein, bitte(n) ich/wir um eine kurze und formlose Email an: info@bremerfriedensforum.de. Wir nehmen euch dann aus dem Verteiler. Möchtest Du/möchten Sie auch weiterhin unseren Newsletter bekommen, brauchst Du/brauchen Sie nichts unternehmen. Siehe auch Datenschutzerklärung: <https://www.bremerfriedensforum.de/Datenschutz>

Soziale Sicherheit statt Waffen!

Die Bundesregierung hat in der Corona-Krise beschlossen, 38 Kampfjets zum Preis von insgesamt 5,4 Mrd. Euro zu kaufen. Der Haushaltsausschuss des Bundestags hat dafür grünes Licht gegeben. Dabei wird Deutschland nicht bedroht.

Ein neuer Rüstungswettlauf ist bereits in vollem Gange. Konflikte, Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen tragen zu Flucht und Migration bei. Letztes Jahr verzeichnete Deutschland den stärksten Anstieg der Rüstungsausgaben unter den führenden Industrieländern.

Das Festhalten am Zwei-Prozent-Ziel der Nato – Rüstungsausgaben von zwei Prozent des Sozialprodukts – würde eine Erhöhung des aktuellen Verteidigungshaushaltes um weitere 14 Mrd.

Euro bedeuten. Gleichzeitig müssen Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit, in Minijobs, Soloselbständige, Studierende, Arbeitslose und Menschen im Hartz IV-Bezug jeden Euro dreimal umdrehen. Ihre Einkünfte sind krisenbedingt geschrumpft.

Die coronabedingte Wirtschaftskrise hat sichtbar gemacht, wie wichtig unser Sozialstaat ist, aber auch, wo er noch Schwächen hat. Jetzt müssten das Kurzarbeitergeld und die Hartz-IV-Sätze erhöht werden. Arbeitslose müssen länger Arbeitslosengeld bekommen. Soloselbständige und Studierende brauchen Einkommenshilfen.

Wir brauchen einen Ausbau des Sozialstaats statt noch mehr Geld für Rüstung auszugeben!



V.i.S.d.P.: VER.DI BUNDESVORSTAND – RESSORT 1 – FRANK WERNEKE – PAULA-THIEDE-UFER 10 – 10179 BERLIN

Liebe Genoss*innen und Freund*innen

Wir laden euch **am Mittwoch, den 13.1.2021 um 16 Uhr zum virtuellen Stadtteil Cafe Neustadt bei gotomeeting** herzlich ein. -

Hier die Einwahldaten <https://global.gotomeeting.com/join/113504573>
Telefon: 0891 2140 2090 Zugangscode: 113504573



Mit Kampfdrohnen Absenkung der Schwelle zum Krieg? Stoppt die Drohnenkriege !

Referent: Gerhard Baisch - Rechtsanwalt , tätig im Vorstand von IALANA Deutschland und im Bremer Friedensforum.

Mit der Ablehnung der SPD Führung die gemieteten deutschen Heron TP Drohnen zu bewaffnen, scheint vorerst die vom Bundesverteidigungsministerium inszenierte Scheindebatte über die Bewaffnung von deutschen Drohnen <https://www.bmvg.de/de/debatte-bewaffnete-drohnen> gegen die Verteidigungsministerin und die Bundeswehrführung entschieden zu sein:

<https://snanews.de/20201215/spd-blockiert-bewaffnung-neuer-bundeswehr-drohnen---sprecher-175766.html>

Vor dem Hintergrund der weltweiten Entwicklung und des Einsatzes von bewaffneten Kampfdrohnen der von deutschen Boden in Rammstein weltweit gesteuert wird, muss der Konflikt um den Einsatz bewaffneter Kampfdrohnen weiter geführt werden. U.a. Auf Basis der Argumentationsbroschüre der Fraktion DIE LINKE. von Oktober 2020 gegen den Einsatz von Kampfdrohnen

https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Broschueren/200913-KampfdrohnenA6.pdf

wollen wir über die Argumente der Befürworter und Gegner von Kampfdrohnen diskutieren und darüber, wie wir uns der massiven Aufrüstung und Kriegsvorbereitung im Schatten von Corona entgegen stellen können.

Der **Bremer Friedensaktivist RA Gerhard Baisch** <https://weltnetz.tv/video/2373-beihilfe-zumdrohnenmord-straftanzeige-gegen-bundesregierung> wird mit einem kurzen Eingangsreferat die Diskussionsinhalte einleiten und sich der Diskussion stellen.

Hintergrundtexte:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/124/1712437.pdf>

<https://www.imi-online.de/2013/07/17/kampfdrohnen-fur-weltweite-kriegseinsatz/>

<https://www.imi-online.de/themen/drohnen/>

Mit solidarischen Grüßen,

Wilfried Schartenberg DIE LINKE. Kreisverband Links der Weser	Olaf Zimmer (MdBB)
--	--------------------



Erklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag anlässlich

des 27. Friedensratschlags vom 06.12.2020

Weltkriegsgefahren entgegentreten – Wandel zum Frieden einleiten

Die nächste Bundestagswahl, die voraussichtlich im September 2021 stattfindet, muss ein wichtiger Bezugspunkt für die Aktivitäten der Friedensbewegung und der Bürger*innen sein, die an einer wirkungsvollen Friedenssicherung und Kriegsprävention interessiert sind.

Es gilt, den friedenspolitischen Druck auf die Straße, in die Gewerkschaften, in die Kirchen, in NGOs und die politischen Parteien zu tragen.

Weltkriegsgefahren entgegentreten – Wandel zum Frieden einleiten bedeutet Entspannung und Abrüstung statt atomaren Wettrüstens, Anschaffung von Kampfdrohnen, steigenden Waffenexporte in Spannungsgebiete, statt sich ausbreitender Kriege, sich ausweitender NATOManöver, insbesondere an der Grenze zu Russland, statt der zunehmenden ökologischen Zerstörung durch Militär und Kriege.

Die Bundestagswahl 2021 stellt Weichen für eine Entscheidung von existenzieller Reichweite.

Wir wollen nicht, dass auf Jahrzehnte hinaus die deutsche Luftwaffe mit 30 Atombombern sowie 15 sie begleitende Kampfbomber aus den USA erneuert wird, um damit von Deutschland aus USA Atombomben präzise gegen unterirdisch verbunkerte Ziele in Russland lenken zu können. Das erhöht nicht nur die Spannungen in Europa gewaltig sondern auch die Gefahr eines Atomkriegs.

Da die Entscheidung darüber erst nach der Bundestagswahl 2021 fällt, muss das von uns zu **dem** Thema des Wahlkampfes gemacht werden. Wir lehnen die Anschaffung von Atombombern für die Bundeswehr ab. Die 30 bis 35 Mrd. Euro, die das Gesamtprojekt einschließlich der Nachfolgekosten zu verschlingen droht, braucht unsere Gesellschaft wahrlich dringender für die Daseinsvorsorge und nicht für die Zerstörung der Zivilisation.

So erwarten wir, dass die Bundesregierung den UN-Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet und der Bundestag ihn ratifiziert. Dies bedeutet dann auch, dass die in Büchel eingelagerten USA Atomwaffen aus Deutschland zu entfernen sind.

Eine Steigerung der Rüstungsausgaben auf 2% der Wirtschaftsleistung bis 2031, wie sie Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer anstrebt, ist nicht hinzunehmen. Es würde eine Verdopplung auf fast 100 Mrd. Euro jährlich bedeuten. Das Geld würde bei der notwendigen sozialökologischen Transformation unserer Gesellschaft fehlen, u.a. in der Klimakrisenbekämpfung, bei der Sozial- und Bildungspolitik, der Rüstungskonversion und im Gesundheitswesen.

Wir fordern für die zukünftige Regierungspolitik entschiedene Schritte zur Abrüstung und zur Konversion der Rüstungsindustrie in eine Friedensindustrie.

Abrüstung und Vertrauensbildung sind das Gebot der Stunde. Dies alles gilt es in Demonstrationen, Kundgebungen, Informationsveranstaltungen und Workshops deutlich zu machen. Alle bei der Bundestagswahl zur Wahl stehenden Parteien und Politiker*innen sind daraufhin zu befragen, inwieweit sie die hier formulierten friedenspolitischen Grundsätze mittragen. Wir werden keine Partei und keine Kandidat*innen wählen, die der Aufrüstung und den Kriegseinsätzen zustimmen.

22. Januar 2021:

VERBOT VON ATOMWAFFEN

Das feiern wir! Deutschland aber verweigert sich

Am 22.1.2021 wird der UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu geltendem Völkerrecht. Dann verbietet er allen beigetretenen Staaten die Herstellung, Weitergabe, Stationierung und Drohung sowie den Einsatz von Atomwaffen. 86 Staaten haben den Vertrag bereits unterzeichnet, über 50 haben ihn schon ratifiziert.

Alle NATO-Staaten mit Deutschland weigern sich, diesen Vertrag zu unterzeichnen. Wir begrüßen sehr, dass Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte dagegen für eine Welt ohne Atomwaffen eintritt und die Bundesregierung auffordert, diesen Vertrag zu unterschreiben.

**Die Friedensbewegung fordert
von der Bundesregierung:**

**Deutschland muss dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten
und dafür sorgen, dass die US-Atombomben aus
Büchel abgezogen, keine neuen Atombomber angeschafft
werden und die nukleare Teilhabe beendet wird.**

Bremer Friedensforum, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen

0049- (0) 421-3 96 18 92

0049- (0) 173-4 19 43 20

www.bremerfriedensforum.de

www.facebook.com/bremerfriedensforum

<https://twitter.com/ekkehardlentz1>

https://www.instagram.com/bremer_friedensforum

V.i.S.d.P. Hartmut Drewes, Parkstr. 41, 28209 Bremen

22. Januar 2021:

VERBOT VON ATOMWAFFEN

Das feiern wir!

Deutschland aber verweigert sich

Am 22.1.2021 wird der UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu geltendem Völkerrecht. Dann verbietet er allen beigetretenen Staaten die Herstellung, Weitergabe, Stationierung und Drohung sowie den Einsatz von Atomwaffen. 86 Staaten haben den Vertrag bereits unterzeichnet, über 50 haben ihn schon ratifiziert.

Alle NATO-Staaten mit Deutschland weigern sich, diesen Vertrag zu unterzeichnen. Wir begrüßen sehr, dass Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte dagegen für eine Welt ohne Atomwaffen eintritt und die Bundesregierung auffordert, diesen Vertrag zu unterschreiben.

**Die Friedensbewegung fordert
von der Bundesregierung:**

**Deutschland muss dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten
und dafür sorgen, dass die US-Atombomben aus
Büchel abgezogen, keine neuen Atombomber angeschafft
werden und die nukleare Teilhabe beendet wird.**

Bremer Friedensforum, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen

0049- (0) 421-3 96 18 92

0049- (0) 173-4 19 43 20

www.bremerfriedensforum.de

www.facebook.com/bremerfriedensforum

<https://twitter.com/ekkehardlentz1>

https://www.instagram.com/bremer_friedensforum

V.i.S.d.P. Hartmut Drewes, Parkstr. 41, 28209 Bremen